



## **FRANKREICH - INFO**

**NR. 8**

**21. NOVEMBER 2005**

**Winfried Veit**

**Geschlossenheit um jeden Preis?**

**Die französischen Sozialisten haben das**

**Wahljahr 2007 im Visier**

---

**Friedrich-Ebert-Stiftung**

41 bis, boulevard de La Tour-Maubourg, 75007 Paris

Tel. +33.1.45.55.09.96, Fax +33.1.45.55.85.62

E-Mail : [fes@fesparis.org](mailto:fes@fesparis.org), [www.fesparis.org](http://www.fesparis.org)

Der vorgezogene 74. Parteitag der französischen Sozialisten endete mit einer noch vor wenigen Wochen undenkbar erscheinenden Demonstration der Einheit. Der Parteivorsitzende François Hollande fasste das in die Worte: „der einzige Monat Mai, der zählt, ist der Mai 2007 und nicht der Mai 2005“. Mit anderen Worten: das maßgeblich von der französischen Linken mit verursachte „Nein“ im Verfassungsreferendum vom 29. Mai dieses Jahres gehört der Vergangenheit an, der darüber ausgebrochene heftige Streit innerhalb der PS wird begraben und alle blicken vereint den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Mai 2007 entgegen. Doch der Preis, den die bisherige Parteimehrheit um Hollande für diese Einheit bezahlen muß, ist nicht gering: „Der europäische Verfassungsvertrag ist tot“, verkündete der Parteichef ganz im Sinne seines bisherigen innerparteilichen Widersachers Laurent Fabius, und die „linken Reformer“ der Parteiführung mussten eine ganze Reihe von Vorstellungen der Parteilinken akzeptieren, die sie bisher als unrealistisch abgelehnt hatten. Die Wiederwahl von Hollande in der Mitgliederbefragung am 24. November ist zwar damit gesichert, doch ist die Frage der sozialistischen Präsidentschaftskandidatur noch nicht gelöst, die noch für manchen Sprengstoff sorgen kann. Auf dem Parteitag profilierten sich der frühere Premierminister Fabius und der ehemalige Wirtschaftsminister Dominique Strauss-Kahn als aussichtsreichste Kandidaten, während François Hollande wohl noch auf seine Stunde wartet und der Schatten des früheren Premierministers Lionel Jospin über allem schwebt.

Der Parteitag fand vom 18. – 20. November in der Provinzstadt Le Mans, 200 km westlich von Paris statt. Er sollte ursprünglich erst im Frühjahr 2006 abgehalten werden, war aber wegen der auf das Verfassungsreferendum folgenden Krise der Sozialistischen Partei vorverlegt worden. Die Krise war ausgebrochen, nachdem in einer Mitgliederbefragung am 1. Dezember 2004 sich fast 59 % der PS-Mitglieder für die europäische Verfassung ausgesprochen hatten, dann aber wesentliche Teile der Partei unter Führung insbesondere von Laurent Fabius dieses Votum missachteten und offen für das „Nein“ Kampagne machten. Nachdem die Verfassung von 55 % der Franzosen am 29. Mai abgelehnt worden war, sah sich die dermaßen desavouierte Parteiführung gezwungen, quasi die „Vertrauensfrage“ zu stellen. Auf der Mitgliederbefragung am 9. November erhielt der Leitantrag (motion) der Parteiführung 53,6 % der Stimmen, die beiden europakritischen Strömungen kamen auf 23,6 % (Nouveau Parti Socialiste-NSP) bzw. 21,2 % (Fabius). Dergestalt gestärkt hätte die Führung ihr Programm auf dem Parteitag durchsetzen können, doch hielt sie es angesichts des durch Umfragen bestätigten schlechten Image der PS wohl für klüger, nach außen Geschlossenheit zu demonstrieren und dafür auch einige Kröten zu schlucken. 571 von 614 Delegierten stimmten für die „Synthese“ der drei Parteitagsanträge.

## Die wichtigsten Ergebnisse des Parteitags von Le Mans:

**Europa ist tot, es lebe Europa.** Die sicherlich größte Kröte für die Parteimehrheit war das Einschwenken auf die Linie der Verfassungsgegner im eigenen Lager. Der Verfassungsentwurf wurde beerdigt, der Volkswille (55 % nein) werde respektiert. Gefordert wird in dem Programm ein „Sozialvertrag für Europa“, die Ausarbeitung eines neuen Verfassungstextes und ein gemeinsamer Schutzzoll für die Europäische Union. Im Grunde erhielten die Gegner des Giscard'schen Verfassungsentwurfs auf der ganzen Linie recht, die schon immer behauptet hatten, sie seien zwar gegen die Verfassung, aber nicht gegen Europa. Fast alle Redner beschworen ein starkes, politisches und soziales Europa, traten für die Verdoppelung des europäischen Haushalts ein und forderten eine Harmonisierung der Wirtschafts- und Haushaltspolitik („gouvernement économique“) – alles Dinge, die sie im gegenwärtigen, „neo-liberal dominierten“ Europa nicht zu erkennen vermochten. Selbst der überzeugte Europäer Strauss-Kahn sah sich gezwungen, das „zu liberale“ Europa zu kritisieren, das von den meisten „als Risiko“ empfunden werde.

**Schwenk nach links?** Auch auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Sozialpolitik ist die Handschrift der bisherigen (linken) innerparteilichen Opposition zu erkennen, auch wenn es eher kosmetische als substantielle Veränderungen am Leitantrag des Parteivorstandes sind. Die von den rechten Regierungen seit 2002 durchgeführten (zaghafte) Reformen sollen weitgehend wieder rückgängig gemacht werden; dies gilt für das Rentensystem ebenso wie für das Erziehungssystem und die neu eingeführten Einstellungen auf Zeit. An ihre Stelle sollen „profunde und progressive Reformen“ treten; der Mindestlohn soll auf 1500 Euro erhöht werden, der gerade in der Teilprivatisierung befindliche staatliche Energieversorger EDF wieder zu 100 % öffentlich werden und ein Verbot der Kündigungen erfolgen, die aus Gründen der Gewinnsteigerungen ausgesprochen werden („Börsenkündigungen“).

**Krise der Vorstädte.** Nachdem François Hollande und Teile der Partei, vor allem die PS-Bürgermeister der von den Unruhen betroffenen Städte, eher Verständnis für die Reaktion der Regierung gezeigt hatten und insbesondere das Wiederherstellen von Ruhe und Ordnung begrüßten, schwenkte man auf dem Parteitag auf eine sehr kritische Linie ein. Hollande beschuldigte die Rechte, „die soziale Unordnung zu schaffen, um dann umso besser die öffentliche Ordnung zu verkörpern“; sie nutze die Krise der Vorstädte, um daraus das Gelände für die nächste Auseinandersetzung, die Wahlen von 2007, zu machen. Konkret schlägt die PS ein „Leitgesetz“ (loi d'orientation) für die sensiblen Stadtviertel und die Einrichtung eines obligatorischen Zivildienstes von sechs Monaten für alle jungen Frauen und Männer vor (im Gefolge der dreiwöchigen Unruhen war vielfach die Abschaffung der Wehrpflicht als Instrument der Integration kritisiert worden); ebenso soll die von der Regierung abgeschaffte „Nachbarschaftspolizei“ (police de proximité) wieder eingeführt werden. Denjenigen Gemeinden, die nicht die vom Gesetz vorgeschriebene Zahl von 20 % Sozialwohnungen aufweisen, sollen bestraft werden. An die Stelle der von Innenminister Nicolas Sarkozy geforderten „positiven Diskriminierung“ will die PS „den auf sozialen und auf keinen Fall ethnischen Kriterien beruhenden republikanischen Gestaltungswillen setzen, um das Vorankommen der Jugend in den Vorstädten zu sichern“.

**Politische Reformen, aber keine neue Republik.** Der seit Jahren allseits kritisierten Krise der politischen Institutionen Frankreichs will die PS mit umfassenden Reformen begegnen, die vor allem auf eine Stärkung des Parlaments und eine Schwächung der Macht des Präsidenten hinauslaufen. Nicht durchsetzen mit seiner Forderung nach einer völligen Umkrempelung des politischen Systems im Sinne einer VI. Republik konnte sich der Mitbegründer der „Nouveau Parti Socialiste“, Arnaud Montebourg, der selbst in seiner eigenen Truppe keine Mehrheit fand. Folgerichtig verweigerte Montebourg seine Zustimmung zur „Synthese“, was von manchen als Zeichen einer bevorstehenden Spaltung dieses Parteiflügels und damit als Entstehen einer neuen innerparteilichen Opposition gedeutet wird.

**Die dornige Frage der Präsidentschaftskandidatur.** Ungeklärt blieb die dornige Frage der Präsidentschaftskandidatur, die schon bisher die Partei zerrissen hat und es auch weiterhin tun wird – bis ein Kandidat bestimmt wird. Das soll nach dem Willen der Parteiführung im Herbst 2006 geschehen, doch schon jetzt mehren sich die Stimmen, die ein Vorziehen der dafür vorgesehenen Mitgliederbefragung auf das Frühjahr fordern. Dies erscheint auch logisch, weil erst dann die Partei wirkliche Geschlossenheit zeigen, ansonsten aber das übliche Bild der Zerstrittenheit bieten wird. Allerdings haben sich die Reihen der tatsächlichen oder potentiellen Kandidaten auf dem Parteitag in Le Mans etwas gelichtet, zwar nicht offiziell, aber doch faktisch. Wieder eindeutig im Spiel ist Fabius, der mit einer fulminanten, das Demagogische hart streifenden Rede die eher ablehnende Stimmung im Saal wenden konnte. Straus-Kahn auf der anderen Seite machte zwar Zugeständnisse an den linken Zeitgeist, profilierte sich aber andererseits aber als wichtigster Gegenspieler von Fabius mit einem klaren reformerischen Programm. Jack Lang und Ségolène Royal, die Publikumsliebhaber der Umfragen, traten auf dem Kongreß kaum in Erscheinung ebenso wie die ehemalige Sozialministerin Martine Aubry oder der Pariser Oberbürgermeister Bertrand Delanoë. François Hollande ist mit dem Ergebnis des Parteitages zwar gestärkt und kann einer ungefährdeten Wiederwahl durch die Mitglieder am 24. November entgegensehen; aber um wirklich zum Zuge zu kommen, muß er auf Zeit spielen und hoffen, daß seine Rivalen Fehler begehen. Er wird es in Zukunft auch wieder mit einer heterogenen Parteiführung zu tun haben, denn sowohl NSP wie Fabius-Anhänger werden wieder an der Führung beteiligt. Und falls sich die Partei trotz aller Einheitsbeschwörungen wegen der Präsidentschaftskandidatur wieder zerfleischen sollte, ist nicht ausgeschlossen, daß ein Mann sein comeback feiern könnte, den viele immer noch als einzigen für fähig halten, gegen den Kandidaten der Rechten (Sarkozy oder Premierminister de Villepin) zu bestehen: Lionel Jospin, Premierminister von 1997-2002 und Vorgänger von Hollande im Amt des Ersten Sekretärs.